

Stadt Dinslaken lehnt Bürgerentscheid ab

Die Frist sei verstrichen und die Voraussetzungen hätten sich geändert. Die Initiatoren widersprechen.

DINSLAKEN (aha) Die Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Freibad haben von der Stadt Dinslaken eine Abfuhr bekommen. Nach dem Aus für das Freibad wollten die Initiatoren das ruhend gestellte Bürgerbegehren wiederbeleben und haben einen Bürgerentscheid gefordert. Das lehnt die Stadt ab. Die Initiatoren hätten 2017 erklärt, den Bürgerentscheid nicht weiter zu verfolgen, schreibt Bürgermeister Michael Heidinger – unter der Bedingung, dass ein Ratsbeschluss zum Kompromissvorschlag vorliege und das Konkurrenzbürgerbegehren Dinamare seine Aktivitäten einstelle. „Beide Bedingungen sind eingetreten“, so Heidinger. Der Rat hätte sich nicht mehr mit dem Bürgerbegehren befassen müssen und keinen Bürgerentscheid durchgeführt. Nach drei Monaten sei der rechtliche Anspruch auf die Durchführung eines Bürgerbegehrens erloschen. Außerdem, so Heidinger, gingen die gesammelten Unterschriften von einem anderen Sachverhalt aus – dass ein geeigneter Baugrund vorliege. Dieser habe sich aber „maßgeblich geändert“. Das mit dem Bürgerbegehren verfolgte Ziel lasse sich „in dem dargestellten Umfang nicht mehr realisieren. Diese Gründe führten zur Unzulässigkeit des Bürgerbegeh-

rens. Gegen den Bescheid haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens, Reinhard Claves, Roland Weber und Rainer Horstmann, Widerspruch eingelegt. Der Kompromiss habe „die Errichtung eines Freibades in Hiesfeld mit gleichzeitiger Erweiterung des Dinamare“ vorgesehen. Den Ratsbeschluss dazu hätten die Aufsichtsräte der Bäder GmbH und der Stadtwerke, deren Mitglied Heidinger sei, aufgekündigt. Dieser Beschluss werde dem Rat zur Abstimmung gestellt. Die Frist sei keine Ausschlussfrist.

Dass der problematische Baugrund zu einer neuen Kostenschätzung geführt habe, sei kein Argument, „da der Verwaltung im Vorfeld Gutachten vorlagen, die auf Probleme hinweisen und trotz dieser Gutachten die Stadtwerke den Neubau des Freibads in dem Kostenrahmen bestätigt haben“, so die Initiatoren. Die Kostensteigerungen seien „vergleichbar mit den Bauerweiterungen am Dinamare“, die von sechs auf über zwölf Millionen Euro gestiegen seien und „dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden oder schon vorliegen“. Solange die Initiatoren Gutachten und Ablehnungsbescheid prüfen, sei das Verfahren anhängig und erfordere „ein Ruhen aller Aktivitäten“.